KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 258 - 28. Jahrgang
APRIL 2020
Spendenbeitrag 50 Cent

KREISPARTEITAG IN ROSTOCK

Rechtzeitig vor der Coronakrise hielt die Rostocker Linke ihren Kreisparteitag ab. Es wurde viel gewählt, aber auch inhaltlich diskutiert über den Leitantrag des Kreisvorstandes zum Umgang mit der AfD.

Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin ging in seiner Bilanz der politischen Arbeit ausführlich auf die AfD ein. Dies mag überraschen, denn unsere Haltung zur AfD ist doch klar. Aber auch die Debatte auf dem Kreisparteitag bewies, wie schwer eine konsequente Abgrenzung zur AfD im Alltag durchzuhalten ist. Wie ist es z.B. im Ortsbeirat, in dem Parteipolitik ohnehin keine große Rolle spielt? Wie ist es bei gesellschaftlichen Aktivitäten im Stadtteil, etwa beim „Frühjahrsputz“?

Über den faschistoiden Charakter der AfD können auch die Bereitschaft zur Sacharbeit und der freundliche Umgangston einzelner AfD-Vertreter nicht hinwegtäuschen. Solange kein Königsweg gefunden wurde, wie die AfD geschwächt werden kann, sollten wir uns auf unseren Instinkt verlassen, basierend auf unserem Geschichtsbewusstsein. Dann wissen wir, auf welcher Seite diese Menschen vor 80 Jahren gestanden hätten. Daraus ergibt sich für uns die Pflicht zum Widerstand, auch wenn viele Menschen die Ausgrenzung der AfD nicht verstehen. Es ist aber zutiefst demokratisch, die Feinde der Demokratie konsequent zu bekämpfen.

Der neue Kreisvorstand der Rostocker LINKEN

Wir verzichten zwar nicht auf die Teilnahme am „Frühjahrsputz“, nur weil auch ein AfD-Mensch mitmacht. Aber politische Anträge und Wahlvorschläge dieser Partei sollten wir konsequent ablehnen – auf jeder politischen Ebene. Letztlich wurde der Antrag des Kreisvorstandes bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Carsten betonte die Bedeutung von Bündnisarbeit für unsere Partei – nicht nur im Kampf gegen Rechts. Wir pflegen gute Beziehungen zu anderen Initiativen, setzen aber auch eigene Akzente, so z.B. in der Friedenspolitik. Als Großstadtpartei sollten wir auch das Thema Klimawandel nicht den Grünen überlassen. Auf die Aktivitäten der Stadtteilverbände wurde ebenfalls eingegangen. Carsten sagte: „Wenn wir manchmal den Eindruck haben, viel zu wenig zu tun, dann sollten wir uns die zahlreichen eigenen Aktivitäten vor Augen halten genauso wie die Grenzen, die Politik im Ehrenamt zwangsläufig hat.“

Fortsetzung auf S. 3

6. SEPTEMBER 2020 - LANDRATSWAHL

Liebe Leserinnen und Leser, im Dezember bin ich zum Kandidat der LINKEN für die Wahl als Landrat für den Landkreis Rostock am 06. September 2020 gewählt worden. Ich bin Michael Noetzel und möchte mich Euch kurz vorstellen.

Ich bin 45 Jahre alt und verheiratet. Ich habe zwei Kinder, eine Tochter und einen Sohn, die beide noch zur Schule gehen. Ich bin in Rostock geboren und aufgewachsen. Nach meinem Abitur leistete ich Zivildienst in einem Verein, der sich der Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung widmete. Bevor ich dann mit dem Jurastudium in Rostock begann, war ich als Au-Pair in den USA. Mein Referendariat habe ich am Oberlandesgericht Rostock absolviert. Während der Verwaltungsrechtsstation war ich dem Rechtsamt des Landkreis Bad Doberan zugewiesen. In dieser Zeit habe ich die Arbeitsweise der Verwaltung und praktische kommunalrechtliche Problemen kennen gelernt. Seit 2009 bin ich Rechtsanwalt und war bis 2018 in einer Bürogemeinschaft in Rostock tätig.

Fortsetzung auf S. 14

In dieser Ausgabe

Seite 2: Rechte Gewalt
Seite 3/4: Kreisparteitag HRO
Seite 4/5: Frauentag
Seite 6-9: Politik in Coronazeiten
Seite 10/11: Kasseler Konferenz
Seite 11: Erinnerungen
Seite 12: TRADI SANITZ
Seite 13/16: Seebrücke M-V
Seite 14: Michael Noetzel
Seite 15: Aktuelles

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
zum ersten Mal erscheint eine Ausgabe des KLARTEXT nur digital. Die Verteilung einer gedruckten Ausgabe wäre angesichts der gesundheitlichen Gefahren nicht zu verantworten gewesen. Das Parteileben vor Ort steht nun ziemlich still, viele Aktivitäten fallen aus: Ostermarsch, 1. Mai ... Damit fällt auch das Kuchenbacken aus.
Wir werden sehen, ob sich eine Mai-Ausgabe für den Klartext lohnt. Einstweilen berichten wir über Dinge, die noch stattfinden konnten. Da gab es zum Beispiel den Rostocker Kreisparteitag. Am Frauentag wurde in Rostock demonstriert. Und in Kassel gab es ja noch die legendäre Strategiekonferenz unserer Partei, deren Nachwirkungen wir noch lange spüren werden. Unser eigener Virus quasi.
Jede Krise birgt auch Chancen in sich, man muss sie nur nutzen. So ist es auch jetzt. Die Gesellschaft kann nach der Krise eine andere sein, solidarischer und mit mehr Wertschätzung für die wahren Leistungsträger*innen in unserer Gesellschaft. Dafür werden wir kämpfen. Jetzt gilt es, den besonders stark von der Krise betroffenen Menschen zu helfen. Eva hat Forderungen für den Kulturbereich aufgestellt. Die LINKE fordert aber noch viel mehr. „Ich kenne keine Parteien mehr ...“, formulierte der Kaiser 1914. So weit wollen wir natürlich nicht gehen, Opposition wird nach wie vor gebraucht. Daran sollten wir keinen Zweifel lassen.
Bleibt alle gesund und passt gut auf Euch auf! Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Mietervereine leisten großartige Hilfe - Sie werden mehr denn je gebraucht

Der geplante Landesverbandstag des Mieterbundes MV kann nicht stattfinden, deshalb sagt die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger, auf diesem Wege Dank: „Alle haupt- und ehrenamtlich in den sieben Mietervereinen des Landes engagierten Menschen leisten großartige Hilfe, die in diesen Zeiten mehr denn je gebraucht wird. Gerade jetzt, in der viele von Kurzarbeit oder gar Jobverlust Betroffene ihre Mietkosten nicht schultern können, ist Information und Beratung enorm wichtig. Den Mietervereinen und dem Landesverband als gefragte Anlaufstellen in Mietfragen gebührt Dank und Anerkennung für ihre Arbeit.
Der Ansturm von Ratsuchenden wird von ihnen gerade jetzt und in naher Zukunft sehr viel abverlangen. Der Bund hat Mieterinnen und Mietern mit dem befristeten Aussetzen der Kündigungen von Mietverhältnissen aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten vorerst die Angst genommen, das Zuhause oder den Laden zu verlieren. Aber weitere Hilfe wird notwendig werden. Deshalb unterstützen wir auch die vom Mieterbund aufgemachte Forderung nach einem ‚Sicher-Wohnen-Fonds‘. Die sieben Mietervereine kennen die Lage im ganzen Land und aus erster Hand. Ihre Einschätzung ist für politisches Handeln unabdingbar. Genau deshalb bin und bleibe ich in ständigem Kontakt mit dem Landesverband. So gilt es, rechtzeitig das Aussetzen von Kündigungen zu verlängern, die Hälfte der aufgelaufenen Mietschulden zu erlassen und ein Moratorium für Mieterhöhungen durchzusetzen.“

AKTUELLES

Beratungsnetzwerk für Betroffene rechter Gewalt muss ausgebaut werden

Zur am 26. März veröffentlichten Statistik rechter Gewalt durch die Opferberatungsstelle LOBBI erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter:

„Jeden vierten Tag registrierte die Opferberatungsstelle LOBBI im vergangenen Jahr eine rechte Gewalttat in M-V. Bei mehr als einem Viertel dieser Straftaten handelte es sich sogar um Gefährliche Körperverletzungen. Der Kampf gegen Rassismus als Hauptmotivation vieler rechter Gewalttäter bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wohin diese menschenfeindliche Geisteshaltung führen kann, zeigte jüngst der rechtsterroristische Angriff auf eine Shisha-Bar im hessischen Hanau.

Die anhaltend hohe Zahl rechter Gewalt bestärkt die seit Jahren erhobene Forderung meiner Fraktion, bewährte unabhängige Beratungsstellen endlich dauerhaft adäquat auszustatten. Genauso wichtig ist der Ausbau entsprechender Beratungsnetzwerke, um das Dunkelfeld rechter Angriffe aufzuhellen. Nur dort wo es die entsprechenden Anlaufstellen gibt, können sich die Betroffenen auch an diese wenden.

Wie wichtig unabhängige Beratungsstellen sind, zeigte sich im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppierung Nordkreuz und ihren Feindeslisten. Die extreme Unsicherheit potentiell Betroffener, die durch einzelne Landesbeamte hervorgerufen und durch die intransparente Informationspolitik des Innenministeriums alles andere als gemildert wurde, hat LOBBI durch ein umfangreiches Beratungsangebot aufgefangen. Sie löschen nicht erst das Feuer, wenn die Propaganda der geistigen Brandstifter in konkrete Gewalt umschlägt, sondern werden auch vorher tätig. Das muss auch in der finanziellen Unterstützung Berücksichtigung finden.

Neben der Institutionalisierung und dem Ausbau von Beratungsnetzwerken bleiben die Prävention und politische Bildung die geeignetsten Mittel, das Gewaltpotential am rechten Rand dauerhaft zu senken. Die vermehrten Angriffe auf Kinder und Jugendliche, die nicht selten im Schulalltag stattfinden, belegen, dass es in diesem Bereich offenbar einen Bedarf gibt.“

ROSTOCKER KREISPARTEITAG

Unsere Schatzmeisterin Marlis Schröder zog eine finanzielle Bilanz der vergangenen zwei Jahre. Das Wahljahr 2019 war für den Kreisverband ein Kraftakt, der aber dank soliden Wirtschaftens in der Vergangenheit geschultert werden konnte. Leider nimmt die Zahl der Mitglieder im Kreisverband ab. Ende 2019 zählten wir noch

587 Mitglieder, 23 weniger als Ende 2018. 2019 konnten wir durch Eintritt oder Zuzug 24 Neumitglieder begrüßen, deutlich mehr Männer, als Frauen.
Mit einem Buchpräsent wurden Gerda Krull, Wolfgang Bergt und Maximilian Hentschel aus dem Kreisvorstand verabschiedet. Neu in den Vorstand gewählt wurden Hannes Möller und Jakob Schranck. Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin wurden als Kreisvorsitzende bestätigt, Nurgül Senli und Christian Albrecht als stv. Vorsitzende, Marlis Schröder als Schatzmeisterin. Weiterhin im Vorstand vertreten sind Maren Haase und Roswita Zeitel, Malte Fuchs und Christopher Köhn. In der Finanzrevisionskommission arbeiten Sarah Bobrowski, Merve Hähnel und Hans-Jürgen Donner mit.
Es gab ein Grußwort des Kreisvorsitzenden aus dem Landkreis, Nico Burmeister. Er

plädierte für eine engere Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rostock.
Eva-Maria Kröger berichtete aus der Arbeit der Bürgerschaftsfraktion. Sehr kritisch bewertete sie die Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister. Zwar habe Madsen im Wahlkampf Kommunikation auf Augenhöhe versprochen, sei nun aber nicht erreichbar. Er mache viele Ankündigungen, ohne mit den Betroffenen vorher darüber zu sprechen, so wolle er sich z.B. den Bereich Sport unterstellen, ein Feld, auf dem man leicht glänzen kann. Auch der Personalrat der Stadtverwaltung werde zu wenig einbezogen.
Wir unterstützen die Entscheidung der Bürgerschaft, weitere Flüchtlinge aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass es in Rostock wieder einen Examensstudiengang Jura gibt. Ein kritisches Auge haben wir weiterhin auf die BUGA, insbesondere auf den Verkauf von städtischen Grundstücken. Eva kritisierte zudem Sybille Bachmann für ihre Zusammenarbeit mit der AfD. Eva wird in den kommenden Monaten (sicherlich nach der Coronakrise) in Reutershagen Haustürbesuche machen, um mit den Bürger*innen ins Gespräch zu kommen. Sie warb zudem dafür, dass jedes einzelne Parteimitglied neue Mitglieder für unseren Kreisverband gewinnt. Es gibt viele Sympathisant*innen, die man zum Eintritt bewegen könne.

Wolfgang Bergt wird herzlich verabschiedet

In der Generaldebatte informierte Dietmar Bartsch über Dies und Jenes, was uns zu schaffen macht. Die öffentliche Widerspiegelung der Strategiekonferenz in Kassel sei eine Katastrophe gewesen. Er kritisierte auch Bodo Ramelow für die Wahl eines AfD-Landtagsvizepräsidenten. Der Zustand der Bundesregierung sei desolat, aber wir könnten dies nicht für uns ausnützen. Vor allem müsse die Kommunikation innerhalb der Partei besser werden, forderte Dietmar. Mit Blick auf die Strategiedebatte betonte er, dass wir für unsere sozialen Themen gewählt würden. DIE LINKE habe die Verpflichtung, gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. In der Klimadebatte sollten wir nicht Verzicht predigen.
Dietmar wird im kommenden Jahr wieder versuchen, das Bundestags-Direktmandat im Wahlkreis Rostock und Umgebung zu gewinnen. In Rostock sei die Welt noch heil, meinte Dietmar augenzwinkernd mit Blick auf den Zustand unserer Partei.
Text: Carsten Penzlin / Fotos: Andreas Reinke

ANTRAG A1 „KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT DER AFD“

Der Kreisverband DIE LINKE. Rostock schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD in jeder Form aus und setzt sich dafür ein, dass auch andere Parteien/Wählervereinigungen sich in diesem Sinne verhalten. Dieses Kooperationsverbot gilt für alle Gremien und Gliederungen des Kreisverbandes sowie für die Bürgerschaftsfraktion und alle von uns entsandten Mitglieder der Ortsbeiräte und anderer städtischer Gremien. Wir lehnen grundsätzlich alle Anträge und Wahlvorschläge der AfD ab.
Begründung: Nicht zuletzt die Vorgänge in Thüringen belegen, dass die AfD eine Strategie verfolgt, die demokratischen Institutionen lächerlich zu machen und ihre Legitimation in der Bevölkerung zu untergraben, sowie diese Institutionen als Plattform für ihre menschenverachtende Propaganda zu missbrauchen.
Die AfD ist eine heterogene Partei. Bei weitem nicht alle ihre Vertreter sind Extremisten. Einige versuchen durchaus inhaltliche Angebote zu machen und stehen etwa mit sozialpolitischen Forderungen auch in Konkurrenz zu unserer Partei. Davon dürfen wir uns nicht blenden lassen und müssen darüber aufklären, dass der Höcke-Flügel der AfD eine völkische und ausgrenzende Sozialpolitik verfolgt, die einen demagogischen Charakter besitzt.
Fortsetzung auf S. 4

ROSTOCKER KREISPARTEITAG

Fortsetzung von S. 3

Wenn Menschen sagen, es sei nicht demokratisch, die AfD auszugrenzen, sagen wir, dass es sehr demokratisch ist, die Feinde der Demokratie zu bekämpfen. Wer Mitglied der AfD ist, ist Teil einer Organisation, die unsere Demokratie zerstören will. Es ist unsere Pflicht als Demokraten, hiergegen Widerstand zu leisten im Geiste des Artikels 20 des Grundgesetzes: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 befindet sich die AfD in einem Prozess zunehmender Radikalisierung. Gemäßigtere Vertreter, wie es etwa Lucke, Henkel oder Petry waren, wurden und werden systematisch aus verantwortlichen Positionen oder sogar aus der Partei gedrängt und zunehmend durch rechtspopulistische bis rechtsextreme Vertreter ersetzt. Wir erkennen zwar die innere Heterogenität der AfD durchaus an und möchten auch nicht behaupten, dass alle Mitglieder der AfD Rechtsextreme sind, allerdings wählen sie konsequent auf allen Ebenen Rechtsextreme in verantwortliche Positionen, statt sich von ihnen zu distanzieren. Als Beispiele seien hier Björn Höcke, André Poggenburg, Andreas Kalbitz, Beatrix von Storch oder etwa Holger Arppe mit ihren menschenverachtenden Äußerungen genannt.

Der sog. „Flügel", der die Geschicke der AfD mittlerweile maßgeblich beeinflusst, ist inhaltlich durch nichts von der NPD zu unterscheiden. Die Liste der Provokationen und Tabubrüche ist mittlerweile zu lang, um sie umfassend darzustellen, aber mit Äußerungen wie zum „Mahnmal der Schande", der Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad", der Forderung stolz sein zu dürfen auf „die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen", oder die erschreckenden Einblicke in interne Chatprotokolle von Holger Arppe, zeigt die AfD immer wieder, wo sie steht: weit abseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Weitere Versuche die AfD zu „demaskieren" und sie inhaltlich zu stellen, werden nicht erfolgreich sein, da es nichts mehr zu demaskieren oder zu stellen gibt.

In Zeiten einer neuen Qualität des Rechtsterrorismus, wie man ihn etwa in Halle, beim Mord an Walter Lübke, den Todeslisten der Gruppe Nordkreuz oder aktuell in Hanau beobachten kann, schafft oder will die AfD es nicht, sich dagegen zu positionieren. Vielmehr ist sie mit ihrem Beitrag zur Verrohung des politischen Diskurses ein ideologischer Wegbereiter für diese Taten und auch ihre Verbindungen in die rechtsextreme Szene, allen voran zur Identitären Bewegung sollen nicht unerwähnt bleiben. Auch ihr Agieren in Thüringen zeigt, wie wenig sie von den demokratischen Institutionen hält, die sie immer wieder versucht verächtlich zu machen. An konstruktiver Arbeit ist sie nicht interessiert.

Für uns als demokratische und antifaschistische Partei ist klar: mit den Feinden der Demokratie kann es keine Zusammenarbeit oder auch nur eine Tolerierung geben.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

NOCH VIEL ZU TUN BEIM THEMA GLEICHBERECHTIGUNG

Nur jeder vierte Sitz im Landtag ist von einer Frau besetzt - Mecklenburg-Vorpommern ist damit im bundesweiten Vergleich Vorletzter. Ein Paritätsgesetz ist daher überfällig. „Wir wollen erreichen, dass endlich mehr Frauen im Landtag vertreten sind", so die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam. Vorbild für so ein Anliegen soll das im Vorjahr durch die rot-rote Landesregierung in Brandenburg beschlossene Paritätsgesetz sein. Bis so ein Gesetz auch in Mecklenburg-Vorpommern Wirklichkeit wird, sollten alle demokratischen Parteien ihre Wahllisten paritätisch zu besetzen. Zudem solle eine geschlechtergerechte Quotierung auch bei Aufsichtsräten von kommunalen Unternehmen gelten, auch weil sich die bisherige Gesetzeslage lediglich auf börsennotierte Unternehmen auswirkt, die nicht in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt sind.

Neben der Frage nach Gleichberechtigung in den Parlamenten, weist der Co-Vorsitzende, Torsten Koplin, erneut auf die Beschäftigungssituation für viele Frauen hin.

„Frauen arbeiten vermehrt in Pflegeberufen, sind überdurchschnittlich in Teilzeit und verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen. Wer so eine wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeit mit Menschen ausübt, der hat eine bessere Behandlung und Bezahlung verdient".

Katja Kipping - Der Frauentag ist auch ein Tag gegen Gewalt

Die Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland leider keine Ausnahme, sie ist die Regel. Studien zufolge erfährt jede 3. Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt. Jeden Tag versucht ein Mann seine (Ex-)Partnerin umzubringen, jeden dritten Tag kommt es zur Ermordung einer Frau durch ihren (Ex-)Partner. Die geschlechtsspezifische Tötung heißt Feminizid. Damit es jedoch nicht soweit kommt, suchen viele Frauen, die in ihrer Part-

nerschaft oder Familie Gewalt erfahren, Schutz in einem Frauenhaus oder bei einer Beratungsstelle. Diesen Institutionen fehlen jedoch fast immer ausreichend Gelder für Personal und Unterbringungsmöglichkeiten. In manchen Bundesländern muss jede zweite Frau mit ihren Kindern von einem Frauenhaus abgewiesen werden, die Wartezeiten für Beratungen betragen zum Teil mehrere Monate. Doch selbst, wenn eine Frau in den Schutz eines Frauenhauses kommt, bedeutet das auch nur eine Lösung auf Zeit. Weitaus schwieriger wird die Zeit nach dem Frauenhaus. Viele Frauen schaffen den Sprung in ein eigenständiges Leben nicht und kehren wieder zurück in die gewaltvolle Beziehung. Die Gründe sind u. a. die hohen Mieten, die fehlende Versorgung mit Kindergartenplätzen und die geringen Jobperspektiven, die es Frauen oft unmöglich machen, sich tatsächlich ein eigenständiges Leben, außerhalb der alten Beziehung aufzubauen.
Deshalb fordert Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:
„Damit Frauen sich tatsächlich aus einer gewaltvollen Beziehung lösen können, brauchen sie ein Recht auf eine akute Grundversorgung. Recht auf Grundversorgung heißt, Zugang zu einer eigenen Wohnung, einem KiTa-Platz und einen Job, mit dem sie ökonomisch unabhängig das neue Leben meistern können. Frauen sind nicht nur Opfer, sie brauchen nicht nur unseren Schutz, sie brauchen in erster Linie die Garantie für ein eigenständiges Leben."

Feministisches Bildungscamp: 4 Tage gemeinsam lernen, lachen und lustvoll arbeiten.

Wozu? Die geschichtliche Situation ist offen: Feministische Mobilisierungen waren bis zuletzt das prägende Gesicht der weltweiten Proteste gegen den neoliberalen Autoritarismus und seine Handlanger. In der Corona-Pandemie zeigt sich nun, welche Tätigkeiten und Berufe wirklich systemrelevant sind und wer sie größtenteils schultert. Die gegenwärtige Krise ist auch eine Chance für eine echte *Care Revolution*. Zugleich wächst in Zeiten von Quarantäne und Ausgangssperre die Gefahr häuslicher Gewalt gegenüber Frauen*. Auch die Diskussionen um die Paragrafen 218 und 219 StGB haben sich nach diversen Gerichtsurteilen zugespitzt.
Alles Themen, die jenseits akuter Krisen seit vielen Jahren bearbeitet werden. Dazu gibt es zahlreiche Diskussionen mit unterschiedlichen Argumenten. Und sie alle haben eine Geschichte. Welche Errungenschaften verdanken wir kämpfenden Frauen* vor unserer Zeit? Was ist feministische Ökonomiekritik? Was können marxistischer, radikaler, Differenz- und queer-Feminismus voneinander lernen? Wie kann politische Bildung diese Debatten aufgreifen und für Interessierte aufbereiten? Was wollen wir dazu anbieten, selbst in die Hand nehmen? Wie gestalten wir produktive Lernerfahrungen und solidarische Strukturen? Um diese Fragen dreht sich das Bildungscamp.
Wir werden in **Geschichte und Theorie** eintauchen. Wir werden **politisch-strategische Fragen** diskutieren. Und wir werden uns **Handwerkszeug politischer Bildung** aneignen.

Wo? Naturfreundehaus **Hannover**
Vegetarische Versorgung, auf Wunsch auch vegan.
Wann? Mittwoch 22. Juli (abends) **bis Sonntag 26. Juli** (mittags)
Wer? Das Bildungscamp richtet sich an Interessierte aller Geschlechter, die sich in feministischer Bildungsarbeit qualifizieren und selbst aktiv werden wollen.

Lust teilzunehmen? Dann schreib eine Mail an anne.steckner@die-linke.de mit Angaben zu:
Name, Alter, Geschlecht (w/m/d)
Stadt-, Bezirks- oder Kreisverband
Motivation: Warum möchtest du teilnehmen? Was erhoffst du dir vom Bildungscamp?
Vorkenntnisse: Erfahrungen in politischer Bildung? (hilfreich, aber nicht notwendig)
Organisatorisches: Brauchst du Kinderbetreuung oder Assistenz?
Anmeldeschluss: 17. Mai 2020
Wir übernehmen die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Seminarmaterialien. Die Reisekosten können bei Bedarf übernommen werden, bitte sprecht uns an. Bei starkem Interesse wird es nach Anmeldeschluss ein Auswahlverfahren geben. Die Kriterien dafür sind eine möglichst ausgewogene Mischung von Teilnehmenden: (1.) aus den verschiedenen Landesverbänden/Regionen, (2.) unterschiedlicher biografischer Hintergründe und (3.) mit dem Vorhaben, vor Ort selbst in der Bildungsarbeit aktiv zu werden.

Am 8. März demonstrierten in Rostock über 500 Menschen gegen die Diskriminierung von Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Symbolisch wurden einige Straßen umbenannt: Sie erhielten Frauennamen, denn Frauen sind auch bei Straßennamen deutlich in der Unterzahl. Fotos: Eva-Maria Kröger

DIE LINKE IN ZEITEN VON CORONA

Politische Arbeit in Zeiten der Corona-Pandemie

Von Nico Burmeister

Die Krise um das Corona-Virus ist omnipräsent. Die zunehmende Ausbreitung dieses hochansteckenden und teilweise tödlichen Erregers hat auch direkten Einfluss auf die politische Arbeit unseres Kreisverbandes. In der jetzigen Situation stellt sich die zentrale Frage: Wie gestaltet sich die politische Arbeit unserer Partei in den kommenden Wochen und Monaten?
Auch wenn alle Alterskohorten betroffen sind, ist der Corona-Virus für ältere Menschen besonders gefährlich. Weltweit ist die übergroße Mehrheit der Toten, die zu beklagen sind, über 70 Jahre alt. Dies gilt auch für die Bundesrepublik. Klar ist: Solange die Corona Pandemie nicht völlig im Griff ist, müssen körperliche Kontakte auf ein Minimum reduziert werden, um die Ansteckung von Genossinnen und Genossen zu verhindern. Das bedeutet konkret auch, dass größere Versammlungen vorerst ausfallen müssen.
Trotzdem steht die politische Arbeit auf Kreis- und Landesebene nicht still. Als Ersatz für Präsenzsitzungen gibt es zum Beispiel die Möglichkeit Telefonkonferenzen abzuhalten. Sicher, Konferenzen mit vielen Menschen per Telefon kann eine Sitzung nicht vollkommen ersetzen. Dennoch bieten solche Telefonkonferenzen die Möglichkeit, dringende Angelegenheiten abzusprechen. Sowohl der Kreisvorstand als auch der Landesvorstand haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht. Es gibt verschiedene kostenlose Anbieter für Telefonkonferenzen. Solltet ihr in Eurer Basisorganisation / Eurem Ortsverband Telefonkonferenzen abhalten wollen, wendet Euch an unseren Regionalgeschäftsführer Andreas Reinke (erreichbar per Mail über lro@die-linke-mv.de und per Telefon unter 0160-96881864). Er wird Euch helfen, die notwendigen Vorbereitungen für solche telefonischen Konferenzen vorzubereiten.
Die aktuelle Corona Krise offenbart einmal mehr das Versagen der Landes- und Bundesregierung im Medizin- und Pflegebereich. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gibt es Anstrengungen, dem akuten Notstand mit konkreten Maßnahmen entgegenzuwirken. Detaillierte Forderungen der Bundestagsfraktion gibt es im Internet unter www.linksfraktion.de. Auch unser Landesverband arbeitet gemeinsam mit der Landtagsfraktion an Anträgen und Initiativen für bessere Arbeitsbedingungen für das Krankenhaus- und Pflegepersonal.
Aber nicht nur der Pflegebereich ist betroffen. Viele Menschen wurden in Kurzarbeit geschickt oder ihre Arbeitsstunden reduziert. Die Forderung unserer Partei ist klar: die derzeitige Pandemie darf nicht auf dem Rücken der Armen und Ärmsten ausgetragen werden.

Die aktuelle Situation beeinflusst auch die Vorbereitungen zum Landratswahlkampf. Am 6. September wählt der Landkreis Rostock einen neuen Landrat und mit unseren Kandidaten Michael Noetzel wollen wir in einen kraftvollen Wahlkampf ziehen.
Wie lange die Corona Pandemie anhält, wissen aktuell nicht einmal die Wissenschaftler hundertprozentig. Wir müssen also davon ausgehen, dass die aktuelle Krise bis in den Wahlkampf hineinreicht. Das bedeutet vor allem, dass Infostände und größere Veranstaltungen, wie beispielsweise Podiumsdiskussionen, entfallen könnten. Umso wichtiger wird es sein, dass wir mit regelmäßigen Pressemitteilungen und Zeitungsanzeigen unseren politischen Forderungen Ausdruck verleihen werden.
Die kreisweite Plakatierung werden wir dieses Mal nicht alleine bewältigen müssen, wir haben bereits Hilfsangebote anderer Kreisverbände unserer Partei bekommen. In welchem Ausmaß wir über die Werbeanzeigen und Pressemitteilungen hinaus eigene Flyer an die Haushalte im Landkreis verteilen, wird nicht zuletzt von der Ausbreitung des Conora-Virus abhängen. Der Kreisvorstand arbeitet gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen der Kreistagsfraktion an der weiteren organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung des Wahlkampfes.
Wichtig ist: Bei aller Notwendigkeit, politisch öffentlich in Erscheinung zu treten, muss die Gesundheit unserer Genossinnen und Genossen an erster Stelle stehen. Wir brauchen Euch alle auch nach der Landratswahl. In diesem Sinne wünsche ich allen Genossinnen und Genossen bestmögliche Gesundheit. Auch wenn die Rahmenbedingungen für linke politische Arbeit noch schwieriger als gewöhnlich sind, werden wir diese Krise überstehen und unsere Vision einer sozial gerechteren Gesellschaft weiter in die Öffentlichkeit tragen.

Rettungsschirm für die Kultur im Land

Sehr geehrte Frau Bildungsministerin Martin,
das Coronavirus hat Europa und auch Mecklenburg-Vorpommern fest im Griff. Um die Ausbreitung abzuflachen, sollen soziale Kontakte vermieden werden. Das heißt auch: Keine Veranstaltungen, keine Vorstellungen, keine Vernissagen, keine Konzerte, keine Lesungen. Das öffentliche Leben ist von der Landesregierung auf ein Minimum reduziert worden und diesen Schritt kann ich vollumfänglich nachvollziehen. Ich freue mich, dass wir zur aktuellen Situation miteinander im Gespräch sind und möchte diese Zusammenarbeit mit diesem Schreiben bestärken.
Wir wissen, dass besonders jene betroffen sind, die ihrem Beruf bzw. ihrer Tätigkeit nicht mehr oder kaum noch nachkommen können. Viele Künstler*innen und Kreative, Selbstständige und Freiberufler*innen sind in ihrer Existenz bedroht. Ebenso freie Träger, die Kultureinrichtungen betreiben. Aufträge brechen ganz oder teilweise weg, oft sind keine Rücklagen vorhanden. Trotzdem müssen Familien versorgt, Personal, Kredite, Versicherungen und Mieten bezahlt werden. Wer keinen Umsatz macht,

muss Konkurs anmelden. Damit ist nach der Tourismusbranche in Mecklenburg-Vorpommern jener Wirtschaftszweig betroffen, der die zweitmeisten Arbeitsverhältnisse stellt und dem insbesondere bei der Belebung des ländlichen Raumes eine besondere Rolle zufällt.

Mecklenburg-Vorpommern braucht die Kreativen – und die Kreativen brauchen Mecklenburg-Vorpommern. In dieser existenzbedrohenden Situation kann das Land schnell und unbürokratisch handeln, um kreatives Potential zu halten. Als die Werften des Landes in ihrer Existenz bedroht waren, hat das Land mit einer Bürgschaft den Schiffbaustandort Mecklenburg-Vorpommern gesichert. Nun ist es an der Zeit, den Kreativstandort Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.
Soweit mir bekannt ist, sollen Mittel aus dem 100-Millionen-Hilfsprogramm der Landesregierung auch für künstlerisch tätige Freiberufler*innen zur Verfügung stehen. Vielen Dank! Meine Fraktion schlägt vor, weitere Maßnahmen zur Rettung der freien Träger der Kultur, der Selbstständigen und Freiberufler*innen in der Kultur- und Kreativbranche einzuleiten. Dabei sind uns folgende Punkte besonders wichtig:

- Einhalten der Förderzusagen und frühzeitige Auszahlung der Gesamtsummen sowie keine Rückforderung von Fördermitteln im Zuge der Abrechnung
- Einrichtung eines eigenen Nothilfefonds besonders für selbstständige Künstler*innen, frei getragene Einrichtungen sowie Kreative
- Schnellstmögliche Auseinandersetzung mit der Bundesregierung darüber, ob und wie Einkommenssteuervorauszahlungen ausgesetzt bzw. gestundet werden können.

Dabei ist uns eine schnelle und unkomplizierte Antragstellung auf Mittel besonders wichtig.
Wir möchten unseren Vorschlag nicht als Aufforderung verstanden wissen, seitens des Landes "nur" gering- oder nullverzinste Kleinkredite zu vergeben.

Inzwischen gibt es viele Ideen zur Soforthilfe: Der Berliner Bürgermeister hat angeregt, Zuschüsse für Solo-Selbstständige der Kreativbranche in Höhe von 15.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Zudem könnten dokumentierte Mindereinnahmen durch das Land ausgeglichen und Soforthilfen mit dem Bund und der Künstlersozialkasse verhandelt werden.
Ich möchte Sie als kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion bitten, schnell und entschlossen zu handeln, sonst wird unser Land nach der Coronakrise kulturell und kreativ wesentlich ärmer sein.

Mit freundlichen Grüßen,
Eva-Maria Kröger
Im Namen der Linksfraktion M-V

Mieterschutz in der Corona-Krise verbessern

„Die Maßnahmen der Bundesregierung zum Mieterschutz sind ein erster Schritt, reichen aber bei Weitem nicht aus. Kündigungen müssen in der Coronakrise komplett ausgeschlossen werden. Niemand darf in der Krise seine Wohnung verlieren", erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Mieterschutz im Corona-Gesetzespaket. Lay weiter:

„Kündigungen wegen Eigenbedarfes und auch Zwangsräumungen bleiben weiterhin möglich. Das ist enttäuschend. Es ist niemandem zuzumuten, in den nächsten Monaten auf Wohnungssuche zu gehen. Kein Mensch darf in der Krise seine Wohnung verlieren.
Schade auch, dass offenbar auf Druck der Union der Zeitraum für einen Zahlungsaufschub von ursprünglich sechs auf drei Monate reduziert wurde. Diese Frist ist zu kurz.
Die Lasten dieser Krise dürfen nicht einseitig Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden. Wir empfehlen, im Normalfall die hälftige Teilung zwischen Mietern und Vermietern und einen Fonds, der besonders betroffenen Vermietern und Mietern hilft. Mieter dürfen Unternehmen bei der Krisenbewältigung nicht schlechter gestellt werden.
DIE LINKE bringt heute mehrere Änderungsanträge ein, in denen wir fordern, das Gesetz nachzubessern: keine Zwangsräumungen, keine Mieterhöhungen und keine Kündigungen für mindestens sechs Monate sowie Hälfte-Hälfte-Übernahme der in diesem Zeitraum infolge der COVID-19-Pandemie auflaufenden Mietschulden zwischen Mietenden und Vermietenden."

Sofortprogramm für das Gesundheitssystem

Die Coronakrise ist zur Belastungsprobe des Gesundheits- und Pflegesystems in Deutschland geworden. Bereits im Vorfeld der Krise klagten viele Pflegerinnen und Pfleger über zu hohe Arbeitsbelastungen durch fehlendes Personal, das Problem wird sich jetzt verschärfen. Hierzu erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Es braucht jetzt schnelle Anreize, um den Personalnotstand im Pflegesystem abfedern zu können. In den Krankenhäusern und der Altenpflege fehlen jeweils mindestens 100.000 Pflegekräfte. Wir brauchen ein Sofortprogramm zur Aktivierung von Pflegekräften, das allen Pflegekräften – auch denen, die in den Beruf zurückkommen – 500 Euro im Monat Zulage zahlt. Dazu gehört auch eine generelle, dauerhaft bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Damit die Reserven mobilisiert werden. Damit sich die Arbeitsbedingungen endlich verbessern. Damit die Gesundheit von Pflegekräften sowie Patientinnen und Patienten geschützt wird.

Mit allen Mitteln müssen wir verhindern, dass die medizinische Versorgung zusammenbricht. Der Personalnotstand darf nicht dazu führen, dass das Personal, wie in Italien, vor die Wahl gestellt wird, ob Menschen gerettet werden können oder nicht.

Der Coronavirus zeigt, in welchem Zustand unser Gesundheits- und Pflegesystem ist: Die Pflegerinnen und Pfleger arbeiten bereits jetzt mit vollem Einsatz an ihrer physischen und psychischen Belastungsgrenze. Mit steigenden Infektionszahlen, auch unter den Pflegenden, wird sich dies weiter verschärfen.

Es gilt jetzt nicht, primär Börsen zu schützen, sondern Menschen.

DIE LINKE IN ZEITEN VON CORONA

Steuern senken für die unteren 70 Prozent

Deutschlands Steuersystem vertieft die soziale Spaltung und kann die Kosten der Wirtschaftskrise nicht bewältigen, die von der Corona-Krise verursacht werden. Deshalb müssen die oberen 30 Prozent mehr in die Pflicht genommen werden. Ein Gastbeitrag von Dietmar Bartsch

Pflegerinnen und Pfleger, Verkäuferinnen und Verkäufer, Busfahrer und Lokführer, andere Leistungsträger mit viel zu niedrigen Löhnen sollten in diesem Jahr von der Lohnsteuer ganz oder teilweise befreit werden. Menschen, die in diesen harten Wochen das Land am Laufen halten, haben nicht nur unser aller Dank, sondern eine schnelle Steuerentlastung und künftig ordentliche Gehälter verdient.

Als wichtige Lehre aus der Corona-Krise sollte unser System aus Löhnen, Steuern und Abgaben die wahren Leistungsträger dieses Landes besserstellen. Zur Finanzierung der Hilfspakete für Realwirtschaft, Unternehmen und Soloselbständige braucht es mittelfristig eine große Steuerreform.

Unser Steuersystem ist nicht leistungsgerecht. Es vertieft die soziale Spaltung und wird die Kosten der Wirtschaftskrise nicht bewältigen können, sollte es nicht grundlegend reformiert werden. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung sind seit 1998 die „unteren“ 70 Prozent der Bevölkerung bei Steuern und Abgaben belastet und die „oberen“ 30 Prozent entlastet worden.

Das Finanzministerium gibt auf meine Anfrage an, dass Geringverdiener und Mittelschicht 81 Prozent des Sozialstaates bezahlen, obwohl sie nur über knapp zwei Drittel der Einkommen in Deutschland verfügen. Wir erleben eine sich seit Jahren verstärkende Unwucht.

Zudem sind die Reallöhne in zehn Jahren Aufschwung deutlich zu gering gestiegen. Es ist kein Wunder, dass 57 Prozent der Deutschen der Auffassung sind, dass sich Leistung zu wenig lohnt. Pflegerinnen, Erzieher, Verkäuferinnen, Polizisten – die wahren Stützen unseres Landes – können kaum zu einer anderen Einschätzung kommen. Ihre Löhne sind zu niedrig, ihre Steuern und Abgaben zu hoch.

Laut OECD müssen Arbeitnehmer hierzulande durchschnittlich 33,3 Prozent an Abzügen hinnehmen. In den Niederlanden sind es 27,2 Prozent, in Frankreich 21,1 Prozent, in Schweden 19,2 Prozent. Der Unterschied: In fast allen anderen OECD-Staaten zahlen Arbeitgeber mehr als Arbeitnehmer in die Sozialkassen ein.

Gerechtigkeitsdefizit bei Löhnen, Steuern und Abgaben

Es gibt in Deutschland ein Gerechtigkeitsdefizit bei Löhnen, Steuern und Abgaben. Zum Beispiel wäre ein Mindestlohn von zwölf Euro das Mindeste. Der Staat würde dadurch rund zehn Milliarden Euro im Jahr sparen, da Aufstockerleistungen entfielen. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist leistungsfeindlich. Ein Gegenmittel ist eine bessere Bezahlung von Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden und die – das sehen wir in diesen Tagen – systemrelevant sind: zum Beispiel in Pflege und Gesundheit.

Hier herrscht auch deshalb ein Fachkräftemangel, weil sich Leistung aufgrund schlechter Löhne und Arbeitsbedingungen oft zu wenig lohnt. Bei den Sozialabgaben greifen die Beitragsbemessungsgrenzen zu früh. Topverdiener sind an der Finanzierung der Sozialversicherungen unterproportional beteiligt. Hier braucht es mehr Solidarität, um die Sozialsysteme krisenfest zu machen. Sie sollten nach dem Prinzip der Bürgerversicherung reformiert werden.

Jetzt müssen Rekordbeträge mobilisiert werden, um die Wirtschaftskrise einzudämmen, kleine und mittlere Unternehmen zu retten und so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern. Aktuell ist nicht die Zeit, zuerst an die Kosten zu denken. Ja, die „Bazooka“ wird teuer.

Vermögenssteuer, um die Folgen des Virus zu stemmen

Es muss verhindert werden, dass diejenigen sie bezahlen, die schon die Kosten der Bankenkrise tragen mussten. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Daher brauchen wir eine große Steuerreform, die die „oberen“ 30 Prozent mehr in die Verantwortung nimmt. Das sind Bürgerinnen und Bürger, die von der Steuerpolitik und dem Aufschwung in den vergangenen Jahren am meisten profitiert haben.

Dazu gehört, dass zum Beispiel „leistungsloses“ Vermögen bei Erbschaften deutlich höher besteuert wird. 600 Personen haben 2018 jeweils mehr als zehn Millionen Euro geerbt oder geschenkt bekommen. Gesamtsumme: 31 Milliarden Euro. Reale Besteuerung: Fünf Prozent. Das ist eine Ohrfeige für jeden, der früh aufsteht, zur Arbeit fährt oder jetzt in der Corona-Krise Angst um seine soziale Existenz haben muss. Gut, dass die SPD ihre Position bei der Vermögensteuer korrigiert hat. Deren Wiedererhebung wird notwendig sein, um die finanziellen Folgen des Virus zu stemmen.

Das Land steht vor der größten Bewährungsprobe der letzten Jahrzehnte. Dafür braucht es viel Solidarität, noch nie dagewesene Konjunkturprogramme, mehr Gerechtigkeit für diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, und eine große Steuerreform zur Finanzierung der anstehenden gewaltigen Herausforderungen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März 2020

BESCHLUSS DES PARTEIVORSTANDES
Menschen vor Profite: Beschäftigte sind systemrelevant!

In ihrer Freizeit dürfen sich die Menschen draußen nur zu zweit treffen. Das gilt nicht für den Arbeitsplatz. In vielen Betrieben wird weitergearbeitet. Zur Arbeit darf man auch im vollen Bus. Profit geht vielen Unternehmen vor Gesundheitsschutz. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Bedanken reicht nicht

Die Beschäftigten in Gesundheit und Pflege, Einzelhandel, Logistik, Erziehung, Reinigung und anderen Bereichen halten die Gesellschaft am Laufen. Altenpfleger*innen pflegen weiter ihre Patient*innen. Lieferant*innen übergeben Pakete und Essen an der Tür. Reinigungskräfte sorgen für Hygiene in den Krankenhäusern. Sie sind systemrelevant, werden aber nicht so bezahlt. Angeblich tragen sie wenig zur Wertschöpfung bei. Das ist falsch und ungerecht. Angela Merkel hat sich in ihrer Ansprache am 18. März bei den Beschäftigten in Gesundheit und Einzelhandel bedankt. Richtig, aber preiswert.

Es braucht wirksamen Schutz und bessere Löhne. Eine Verkäuferin im Supermarkt verdient monatlich unter 2000 Euro brutto - auch deshalb gehören die Besitzer von Aldi und Lidl zu den reichsten Deutschen.

Die Beschäftigten schützen

Die Maßnahmen der Bundesregierung helfen den Unternehmen mehr als den Beschäftigten. Für die Unternehmen werden unbegrenzt Kredite bereitgestellt und Sozialversicherungsabgaben erlassen. Einen echten Rettungsschirm für die Menschen gibt es bisher nicht.

Der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld reicht nicht aus, 60 Prozent vom Niedriglohn reicht nicht zum Leben. Gastronomie-Arbeiter*innen, Lehrkräfte an Volkshochschulen, Solo-Selbständige, Handwerker, Kulturschaffende und andere spüren unmittelbar die Auswirkungen der Krise.

DIE LINKE fordert:

- Beschäftigte schützen! Pflegekräfte und medizinisches Personal sind besonders gefährdet. Während der SARS-Epidemie waren zwanzig Prozent der Verstorbenen Angehörige dieser Berufsgruppen.
Alle Beschäftigten mit viel Kontakt zu Menschen müssen ausreichend Schutzkleidung und Desinfektionsmittel bekommen – und ausreichend Zeit für die Desinfizierung.
- Gefahrenzulage und mehr Personal! 500 Euro pro Monat mehr für alle Pflegekräfte.
- Lohnfortzahlung, die zum Leben reicht!
Mit den Gewerkschaften fordern wir: Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent aufgestockt werden. Die Differenz wird durch die Unternehmen gezahlt, die von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit sind.
- Eltern unterstützen! Wenn Schulen oder Kitas schließen, müssen Eltern die Kinder betreuen. Sie brauchen eine Entgeltgarantie – ALG I reicht nicht aus!
- Krise überbrücken! Solo-Selbständige, Kulturbetriebe, Arbeiterinnen und Arbeiter der Kreativwirtschaft, Messebauerinnen und -bauer, sowie Handwerkerinnen und Handwerker, Honorarkräfte – sie sind von der Krise oft unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Wir haben ein Pandemie-Überbrückungsgeld gefordert. Die Regierung plant jetzt günstige Kredite für die Betroffenen und Zuschüsse bis zu 15.000 Euro.
- Kündigungsschutz! Unternehmen, die finanzielle Hilfen erhalten, dürfen nicht entlassen. Alle befristeten Arbeitsverträge werden verlängert. Outgesourcte Dienstleistungen dürfen während der Krise nicht gekündigt werden.
- Kein Zwang zum Arbeitseinsatz! Die Überlegungen, Erwerbslose für Ernteeinsätze in der Landwirtschaft zu verpflichten, lehnen wir ab.
- Gesundheitsschutz geht vor Profit! Wir brauchen gesellschaftliche, demokratische Entscheidungen, welche Arbeiten unbedingt gemacht werden müssen. Die Entscheidung darf nicht den einzelnen Arbeitgebern überlassen werden.

AUS DEM LANDTAG

Corona-Krise erfordert sofortiges Handeln auch in der Arbeitsmarktpolitik

Zu den am 31.3. veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für den Monat März erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster:

„Die Corona-Krise stellt auch die Arbeitsmarktpolitik vor riesige Herausforderungen. Noch sind die Auswirkungen in der Arbeitsmarktstatistik für den Monat März nicht sichtbar, da der Erhebungstermin 12. März noch vor den ersten Betriebsschließungen lag. Gleichwohl rechnet die Bundesregierung zusätzlich zur saisonal bedingten Kurzarbeit mit 2,1 Millionen Beschäftigten, die in Kurzarbeit geschickt werden. Auf M-V umgerechnet könnte das 40 000 Frauen und Männer betreffen.

Hinzu käme eine unbestimmte Anzahl von Arbeitslosen, die entweder im Arbeitslosengeld landen oder gleich auf Hartz IV abstürzen. Daher fordert meine Fraktion weitere Maßnahmen. Die Anhebung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 80 Prozent ist das Gebot der Stunde. Das würde vielen Betroffenen den Gang zu Wohngeldstellen und Jobcentern ersparen und diese wiederum sofort und auch nachhaltig entlasten. Die jetzigen 60 bzw. 67 Prozent Kurzarbeitergeld bedeuten hunderte Euro weniger pro Monat in den Lohntüten. Damit lassen sich die Existenzen von vielen Familien nicht absichern.

Für Beschäftigungsträger und soziale Vereine ist ebenfalls eine schnelle Hilfe erforderlich. Um die Weiterverbreitung des Corona-Virus einzudämmen, haben die Jobcenter erst einmal den Start neuer Maßnahmen abgesagt. Den Trägern, wie z.B. Beschäftigungsgesellschaften und Vereinen, fehlen dadurch die Projekteinnahmen, mit denen Fixkosten bezahlt werden müssen. Da trotz aller Anstrengungen künftig auch wieder mit steigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist, brauchen sie jetzt Unterstützung, damit ihre Kompetenzen für die Zukunft gesichert werden.

Es gibt weitere Betroffene, für die aktuell noch keine Lösungen in Sicht sind. So haben Minijobber keinen Zugang zu Kurzarbeitergeld, da sie keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Und wer als Arbeitslosengeld-Bezieher derzeit auf Jobsuche ist, hat vielfach schlechtere Aussichten, als noch zu Jahresbeginn. Forderungen, die Bezugsdauer zu verlängern, erreichen in diesen Tagen auch die Landespolitik. Die Corona-Krise erfordert sofortiges Handeln auch in der Arbeitsmarktpolitik!“

Wirksame Maßnahmen gegen den Pflegenotstand erforderlich

Zur gegenwärtigen und künftigen Lage in der Pflege erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin:

„In diesen Tagen, in Zeiten der Corona-Krise, treten die großen Probleme und die unzulänglichen Rahmenbedingungen in der Pflege deutlich zu Tage. Der seit Jahren schwelende Mangel an Fachkräften zeigt nun unverkennbar seine bedrohlichen Auswirkungen. Es muss nun alles darangesetzt werden, die Pflegekräfte mit allen Mitteln zu unterstützen und ihre Arbeit und ihre Gesundheit sicherzustellen.

Meine Fraktion fordert die Landesregierung erneut auf, die Mangelwirtschaft in der Pflege zu beenden und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der Pflegenotstand eingedämmt und am Ende beseitigt werden kann. Die Kranken- und Altenpflege muss auf sichere Beine gestellt werden. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege langfristig entgegenzuwirken, fordert meine Fraktion eine grundlegende und realistische Pflegepersonalbedarfsplanung für die kommenden Jahre. Die Ausbildungskapazitäten müssen entsprechend aufgestockt, die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Das bedeutet auch spürbare Lohnsteigerungen für die Beschäftigten – ohne Wenn und Aber. Angehörige, die Pflege in der Häuslichkeit übernehmen, müssen durch Lohnersatzleistungen finanziell abgesichert werden.“

KONFERENZ IN KASSEL

Nicht vor Ort, aber per Internet-Livestream konnte ich einen Eindruck von der Strategiedebatte der Linkspartei in Kassel gewinnen.

450 Genossinnen und Genossen kamen am 29.2./1.3. zur großen Strategiekonferenz nach Hessen, um eine dringend notwendige Debatte über die Ziele der Linkspartei in den nächsten Jahren zu führen. Hinterher gab es viel Lob für die Struktur der Veranstaltung und für die Debatten. Auch die Öffentlichkeit wurde wenige Tage später auf die Konferenz aufmerksam – aber dazu später mehr.

Bereits in der Begrüßung durch den Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler wurde deutlich, in welche Richtung die Parteiführung ihre Basis führen will: Beteiligung an einer Bundesregierung nach der Wahl 2021. Schindler sieht hierfür den Boden bereitet, denn viele Menschen hätten den Glauben an den Neoliberalismus verloren. Es sei Zeit für einen radikalen sozial-ökologischen Systemwechsel, umgesetzt durch eine Regierung getragen von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Kritikern einer Regierungsbeteiligung schrieb er ins Stammbuch, dass wir mit einer „Miesepeterpolitik“ verlieren, mit zupackender Politik (als Beispiel nannte er den Mietendeckel in Berlin) aber Erfolg hätten. Er kritisierte die Haltung vieler Genoss*innen, immer alles besser wissen zu wollen. Sein Rezept für eine erfolgreiche linke Politik: radikal in der Herangehensweise sein, aber pragmatisch in der Umsetzung.

Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger stieß ins gleiche Horn: DIE LINKE müsse ein gesellschaftliches Projekt als Antwort auf die heutigen Herausforderungen formulieren, für ihn ist das die Verknüpfung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit. Sie seien zwei Seiten derselben Medaille – es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Klimaschutz, denn die Armen leiden am meisten unter dem Klimawandel: „Klimaschutz ist eine Klassenfrage.“ Bernd warnte seine Partei auch vor „Sektierertum“: Es geht nicht darum, dass wir immer missionarisch die eigene Meinung vertreten, wir müssten uns vielmehr ständig mit der Realität und den Erfahrungen der Menschen rückkoppeln.

Rückendeckung bekam Bernd von der thüringischen Landesvorsitzenden Susanne Henning-Wellsow: Wir sollen uns für die breitere Gesellschaft öffnen, aus der Nische rauskommen. Wir sollen selbstbewusst sagen, dass wir die Gesellschaft verändern können. Da gab es einen wütenden Zwischenruf wegen der Abschiebungen nach Afghanistan auch aus Thüringen („Eure Verlogenheit kotzt mich an“), aber Susanne verwies auf geltendes Bundesrecht.

Am 2. Tag gab es ein Podium zum Thema Regierungsbeteiligung, besetzt mit drei Befürwortern: Bodo Ramelow, Katja Kipping und Amira Mohamed Ali (die neue Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion). Katja verwies darauf, dass wir eine enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Bewegungen brauchen. Aber Bewegungen wie Seawatch, Fridays-for-Future oder die

Mieterbewegung geben sich mit unserer Solidarität nicht zufrieden, sie wollen konkrete Ergebnisse sehen. Die können wir nur aus der Regierung heraus liefern. DIE LINKE müsse aber bei der nächsten Wahl zweistellig werden.

Amira ist vorsichtiger. Es sei wichtig, konkret etwas verändern, aber nicht um jeden Preis! Sie verwies auf die roten Haltelinien aus dem Erfurter Programm, während Katja wenig von Haltelinien hält, sondern betonen möchte, was wir an Positivem erreichen können. Amira warnt vor einem Verlust unserer Identität – es dürfe mit uns keine Kriegseinsätze, keine Privatisierung, keinen Sozialabbau geben. Bei einer Regierungsbeteiligung müsse es spürbare Verbesserungen für die Menschen geben, die Richtung müsse stimmen, über die Schrittlänge könne man mit Grünen und SPD verhandeln. DIE LINKE bräuchte auch eine klare Überschrift: Systemwechsel statt Einzelthemen in Kampagnen.

Amira fordert eine klar verständliche Sprache, man sollte Begriffe nicht erst erklären müssen. Begriffe müssten aus dem Alltag der Menschen kommen. Wir sollten durch unsere Sprache niemanden ausgrenzen, auch nicht Menschen, die linken Diskussionen nicht zuhause sind. Klingt banal, ist aber, wenn man einige unserer Debatten hört – auch auf der Strategiekonferenz – alles andere als selbstverständlich. So möchte unsere Parteiführung unseren Kampf für einen sozial-ökologischen Systemwechsel unter der Überschrift „Green New Deal“ führen. Wer kann sich darunter etwas vorstellen?

Natürlich gab es auch Widerstand gegen den Regierungskurs. Man solle doch lieber außerhalb der Parlamente eine Gegenmacht aufbauen, lautete eine auch schon vorher häufig geäußerte Forderung.

Ist die Linkspartei überhaupt regierungsfähig? Schon ein Blick in den Reader mit allen Beiträgen zur Strategiedebatte der vergangenen Monate zeigt die Spannbreite unserer Ansichten. Die Berliner Landesvorsitzende Katina Schubert verwies darauf, dass in ihrer Partei oft Dinge gegeneinander diskutiert würden, die man miteinander diskutieren müsste. Der Mietendeckel sei doch keine Politik für Hipster! Machen wir Politik für die „kleinen Leute“ oder docken wir uns an eine Vielzahl sozialer Bewegungen an? Das scheint die wahre Strategiedebatte in der Linkspartei in der Gegenwart zu sein.

Vielleicht lässt es sich an einem Beispiel erklären. In einem der schriftlichen Beiträge zur Konferenz wird „der immer stärker werdende Drang von einzelnen Gruppen nach Individualisierung und der Forderung nach Berücksichtigung ihrer (Einzel- bzw. Gruppen-)Interessen“ beklagt. „Anstatt zu unterstützen, dass die verschiedenen Gruppen nur noch ihre eigenen Forderungen bevorzugt behandelt oder wertgeschätzt sehen wollen, müssen wir unser Ziel im Auge behalten, eine gerechtere Gesellschaft für alle zu erkämpfen.“ Ich halte diese Sicht für fatal. Gesellschaftliche Gruppen kämpfen ja in der Regel nicht für Privilegien, sondern gegen Benachteiligung und für Gleichberechtigung. In diesem Kampf sollen wir sie nicht unterstützen? Und ist Individualisierung nicht ein Zeichen für Emanzipation und Vielfalt in der Gesellschaft? Natürlich haben alle das gleiche Interesse, nämlich eine gerechte Gesellschaft. Aber auch ein Hartz-IV-Empfänger wird sich nicht zu schade sein, für die Gleichberechtigung von Homosexuellen zu kämpfen. Junge kämpfen gegen Altersarmut, Alte kämpfen gegen marode Schulen. Das nennt man verbindende Klassenpolitik. Wir kämpfen gemeinsam

für Gruppeninteressen, denn nur so sind wir stark genug, diese Interessen durchzusetzen. Wir müssen lernen, uns zusammen für eine Sache einzusetzen, auch wenn sie nicht die eigene ist. Davon lebt doch eine solidarische Gesellschaft.

Die Konferenz in Kassel hat Geschichte geschrieben. Nicht weil die LINKE jetzt eine Strategie hat, sondern vor allem dank der Aussage einer Genossin, die sagte: „Energiewende ist auch nötig nach ‘ner Revolution. Und auch wenn wir das ein(e) Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen …“ Sie wollte damit sagen, dass Umverteilung allein nicht in der Lage ist, alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Wir brauchen mehr Antworten. Daraus machten Teile der Medien, vor allem die Springer-Presse, dass wir als LINKE das reichste Ein-Prozent erschießen wollen. Die Schlagzeile der BILD fiel offenbar auf fruchtbaren Boden, denn Politiker und Basismitglieder unserer Partei wurden häufig darauf angesprochen. Aber natürlich lehnen wir Gewalt als Mittel der Politik ab. Mehr muss man über die verunglückte Äußerung einer einzelnen Genossin auch nicht sagen.

Carsten Penzlin

Weitere interessante Stimmen aus der Debatte:
Wir müssen unbedingt Mitglieder gewinnen und die Mitgliederentwicklung in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen: Es ist belegt, dass die Stimmenzahl bei Wahlen stark von der Mitgliederzahl im Wahlkreis abhängt.
Simone Oldenburg fordert: „Wir müssen wieder unsere besondere Rolle in den Kommunen, Stadt- und Gemeindevertretungen stärken. Das Herz der Linke schlägt in den Kommunen. Sie dürfen kein Anhängsel der Politik sein, sondern sie sind es, die die Politik maßgeblich gestalten.“
Ali Al-Dailami aus dem Parteivorstand schreibt: „Sozialismus geht von einem anderen Menschenbild aus. Dazu gehört auch die Selbstermächtigung der Menschen, ihre Selbstaktivierung. Sie müssen es sein die sich ihrer Macht bewusst werden, um als handelnde Akteure auf die Bühne der alltäglichen Kämpfe zu treten. Nur mit den Menschen und eben nicht für sie, in Form einer Stellvertreterpolitik können politische Kämpfe in ihrer vollen Breite ausgetragen werden und gehen auch anders in das Bewusstsein der Menschen ein. Wir müssen dort sein wo das Leben ist und solidarisch an der Seite der Menschen stehen wenn sie sich z.B. gegen Mietenwahnsinn, Abschiebungen, dem Diebstahl öffentlichen Eigentums durch Privatisierungen und vielem mehr zur Wehr setzen.“

GESCHICHTE

Vor 75 Jahren wurde Deutschland vom Nationalsozialismus befreit. Wir wollen in den kommenden Ausgaben Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen lassen. Wie haben sie die Befreiung und die Jahre des Wiederaufbaus erlebt?

Hannelore geb. Schmidt

Meine Mutter war nach den hitlerschen Gesetzen Jüdin und besaß eine jüdische Kennkarte. Als kleines Kind habe ich erlebt, wie man meinen Großeltern das Plätteisen und das Radio weggenommen hat. Den Hund haben sie erschießen müssen. Mich bringt das immer noch um, wie man meine Familienangehörigen deportiert hat. Ich hatte schon gehört, wie mein Onkel mit vorgehaltener Hand über Konzentrationslager gesprochen hat.
Ich war neun Jahre alt, als meine Großmutter zu mir ans Bett kam. Sie stand auf der Brücke, die Handtasche vor der Brust und sagte, morgen geht es weg. Man hat sie 1942 deportiert. Augenzeugen aus dem Haus haben es noch gesehen wie sie morgens um 6.00 Uhr am 1. Juli weggebracht wurden.
Meine Mutter war mit einem sogenannten Arier verheiratet, stand unter Gestapo-Aufsicht. Ich war in der vierten Klasse und hätte von den Leistungen her in die Mittelschule gekonnt. Die Lehrerin kam zu meiner Mutter und sagte, es tut ihr furchtbar leid. Ich musste zwar die Schule besuchen, durfte aber nicht ins KFL-Lager und wurde hin- und weggestoßen. Dann kam ich nach Goldberg. Meine Eltern hatten Untermieter und die sagten, ihre Eltern würden Hannelore nehmen. Meine ganze Vorstellung hat vier Wochen gedauert. Da war ich nicht im BDM (Bund Deutscher Mädchen) und da haben die Leute in Rostock nachgeforscht und da musste ich von Goldberg wieder raus.
Dann hat mich meine Mutter in Doberan untergebracht. Das ging aber auch nicht. Die kamen dahinter, welcher Abstammung ich war. Ich war während der Bombenangriffe nach Doberan gefahren. Da sagte der Rektor, das könne keiner verantworten und da habe ich vorzeitig die Schule verlassen. Meine Mutter war zwangsdienstverpflichtet und musste laufend nach Schwerin fahren. Da haben wir noch so gebibbert.
Mein Vater sollte noch fort zum Militär. Dann hat der Nervenarzt bestätigt, dass er das aus gesundheitlichen Gründen nicht kann. Zum 5. Mai sollte er dann aber doch noch zur Organisation Todt. Wenn meinem Vater etwas passiert wäre, wären meine Mutter und auch ich vom Fenster weg gewesen.
Langer Rede kurzer Sinn: 1945 haben wir aufgeatmet und sagten, nie wieder Krieg und nie wieder solch eine Zeit. Meine Mutter war vor 1933 in der SPD und ist dann wieder in die SPD/SED eingetreten. Sie war im Antifaschistischen Frauenbund und hat mich immer mitgenommen. Das Haus war ja in der Rosa-Luxemburg-Straße. Da haben wir immer mitgemacht, auch beim Enttrümmern.
Ich ging dann in die FDJ-Gruppe, weil für mich feststand, ich wollte meinen Kräften entsprechend dazu beitragen, dass so etwas nie wieder vorkommt. Ich war aber nicht lange in dieser Gruppe. Ich wurde in die 8. Klasse der Mittelschule übernommen. Dort war ich im Chor. Ich kam dann in die Goethe-Oberschule und war in der Klasse FDJ-Sekretär. Ich hatte einen schweren Stand, denn alle aus der Klasse kamen aus sogenannten gehobenen Häusern. In meiner Klasse war auch die Tochter von Prof. Schick.
Ich habe eigentlich sehr schwer Anschluss finden können, denn in der Hitlerzeit, wenn ich auf die Straße ging, haben sie mir mein Spielzeug kaputt geschlagen, dann wurde ich beschimpft und dergleichen mehr. Ich habe auch in der Oberschule schwer Kontakt finden können, erst in der DFDJ-Gruppe der Niklotstraße habe ich so richtig aufatmen können.
Danach habe ich in Greifswald und Rostock studiert und als Lehrerin gearbeitet.

(Abschrift vom Tonband der Zusammenkunft 1997, Johanna Jawinsky)

Tag der offenen Tür TRADI SANITZ am 29. Februar 2020

Ja, so wie es diesen 29. Februar nicht oft gibt, so war auch dieses Treffen ein besonderes. Ihr habt uns überrascht in der Anzahl der Besucher und mit den tollen Ideen, über die ich noch berichte.

Mein Anruf bei den Wetterverantwortlichen hat erstmals nicht geholfen – Regen!!! So etwas gab es noch nie in den letzten 10 Jahren. Leseraum, TRADI-Ausstellung, Flure, Garage und die Sitzecke im Garten waren sofort besetzt. Einen Dank an Günter Kazen, der einen Gartenpavillon mitbrachte und somit für zusätzlichen geschützten Platz sorgte. Und an Familie Moosbach, die „ganz nebenbei" ein Video-Aufnahmeteam bildete. Überall bildeten sich Grüppchen und die Diskussionen begannen. In der Garage fand ich noch eine Schreibmaschine und zwei große technische Na-Geräte. Ihr staunt immer so schön, wenn ich zu allen Exponaten lustige Geschichten erzählen kann. Zu diesen Funden werde ich erst noch die Geschichten suchen müssen. Dabei sind es die Berichte, die unser TRADI SANITZ leben lassen. So z.B. die Objektbeflaggung in der 43.FRBr der NVA in Sanitz und die Fahne, die am 02. Oktober 1990 um 24.00 Uhr durch die Bundeswehr eingeholt wurde. Beide liegen bei uns. Auch die Erinnerung an das Vollkornbrot in der Dose, das gern auf die Urlaubsreisen mitgenommen wurde. Die Komplekte in Originalverpackung von 1974, und da waren sich alle einig, sind auch heute noch genießbar. Selbst der Wanderpokal vom Verpflegungsdienst hat eine tolle Geschichte und würde heute noch ein gutes Bild mit den Friedenstauben auf der Feldküche als Auszeichnung abgeben. Detlef Merten oder doch besser „Resi Otto" konnte in all den Jahren aus gesundheitlichen Gründen nie kommen. Er schickte Bilder und Berichte und gab nun seinem Kumpel den Auftrag, mal nach seinem Wehrdienstausweis zu forschen, den er dem TRADI überlassen hatte. Ein Griff und der Ausweis war parat –auch mit der Geschichte vom illegalen Alkoholtransport in die Kaserne, die er uns vor acht Jahren beschrieben hatte.

Wie in allen vorherigen 10 Jahren kamen neben „alten" Bekannten auch neue Gesichter. Z.T. mussten Altbekannte hinter kräftigen Bärten oder lockigen Haaren erst wieder neu „identifiziert" werden. Bernd sagte mir dann, dass auf unserem kleinen Hof 81 Gäste waren. Wenn wir bedenken, dass Besucher aus 10 Bundesländern sowie aus Tschechien Hans Dieter Stange vertreten waren, dann sind wir hier in Sanitz doch so etwas wie ein Mittelpunkt.

Ihr macht uns schon stolz mit dem Vertrauen, all die Berichte und Dinge zu bewahren und für viele junge Menschen in Erinnerung zu behalten. Kommen doch über das Jahr verteilt Wandergruppen, Urlauber und – sehr wichtig – auch Schüler zum TRADI, die etwas über die Zeit des „Kalten Krieges" erfahren wollen.

In der Sitzecke stellte Peter Kraus sein Buch über die S-200 vor. Daneben hatte Karl-Heinz Schmidt seine Modelle aufgebaut. Er nimmt auch an Meisterschaften des Modellbaues teil... Danke für diese Bereicherung unseres Treffens.

Rainer Behrendt aus Wittstock hatte im vergangenen Jahr die Idee für ein T-Shirt mit dem Wappen der 43., nun eine neue Idee - für unseren allseits erfahrenen Kochlöffelhalter Fietsche Jahns brachte er eine Jacke und Kochmütze mit und beförderte Fietsche verdient zum 3*** Koch! Sofort wurde der Koch zu einem umschwärmten Foto-Objekt.

An liebevoll gedeckten Tischen mit frischen Blumen bekam jeder seinen Lieblingsplatz sowie Kaffee und Kuchen in der Landpension Wendfeld.

Dann begrüßten wir offiziell den Abgeordneten des Landtages M-V Peter Ritter. Sein aktuelles Thema § 18a der Landesverfassung MV oder im Klartext ... Demokratie

Es ist schon erschreckend, wie sehr die Demokratie in diesem Land missbraucht wird. Die Polizei muss Fußballchaoten bewachen und neben uns wachsen Hass und Terror. Ja, auch Bernd und mich hat dieser Hass getroffen: zwei Briefkästen wurden gesprengt und ich erhielt auch „Post". Kein schönes Gefühl, aber mich kann man mit diesen Mitteln nicht einschüchtern. Danke auch an den Dr. Wolfgang Weiss, ebenfalls Mitglied des Landtages M-V, der hier aber als Ehemaliger der FRA 4334 sprach. Die Handhabung mit Munition war in der NVA wie auch heute in der Bundeswehr streng geregelt. Leider kommt es heute aber zu großen Verstößen, wie die Zeitungen über Waffenfunde berichten. Der Vortrag war interessant, vielen Dank, Peter! Wünsche, Ideen und Vorschläge für das Treffen 2021 nehmen wir gerne entgegen und versuchen, diese zu berücksichtigen.

Zum Projekt: „Gefördert durch die Ehrenamtsstiftung MV"

Barbara Kirchhainer Sanitz,
am 06.März. 2020

OFFENER BRIEF DES BÜNDNISSES SEEBRÜCKE M-V AN DIE LANDESREGIERUNG

Es ist an der Zeit, JETZT zu handeln!

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
Sehr geehrter Herr Innenminister Caffier,
Sehr geehrte Abgeordnete des Landesparlaments,

Die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen auf den griechischen Inseln und an der
türkisch-griechischen Grenze ist katastrophal. Auf Menschen, die vor Krieg geflohen sind und schon unsägliches Leid erlebten, wird von europäischen GrenzschützerInnen mit Tränengas und Blendgranaten geschossen, militärische Schießübungen über mehrere Tage gezielt in dem Grenzgebiet abgehalten, Boote bewusst zerstört oder abgetrieben. Sie werden unter direkter ZeugInnenschaft der europäischen Bevölkerung gefangen gehalten, geschlagen, gefoltert, bis auf die Unterhose beraubt, sogar getötet. Mindestens zwei Menschen wurden erschossen.
Die Zahl der deutschen BundespolizistInnen, die den griechischen Grenzschutz unterstützen, beläuft sich mittlerweile auf über 70. Die pogromartige Stimmung auf den griechischen Inseln spitzt die Lage zudem weiter zu. Geflüchtete, Ehrenamtliche, NGO-MitarbeiterInnen, FotografInnen und JournalistInnen werden angegriffen, Versorgungszentren und soziale Orte der Unterstützung und Hoffnung, brennen ab.
Die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln ist jedoch gewiss nicht erst seit dem letzten Februar-Wochenende diesen Jahres katastrophal. NGOs und einzelne PolitikerInnen berichten seit Jahren über die dortigen Missstände - Geflüchtete, viele von ihnen unbegleitete Kinder und Jugendliche, leben dort seit Jahren unter erbärmlichsten und unhygienischsten Bedingungen, in völlig überfüllten Lagern, die Gewalt und Stress erzeugen.
Perspektivlosigkeit, Hunger, Kälte, Einsamkeit und traumatische Erlebnisse, die sich auf
europäischen Boden fortsetzen, haben eine steigende Suizid-Rate - selbst unter den Kindern und Jugendlichen - sowie einen drastischen Anstieg von physischen und psychischen Erkrankungen zur Folge.
Noch immer ertrinken täglich Menschen auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer. Ungeachtet dessen wurden staatliche Rettungsmissionen im letzten Jahr eingestellt. Private Seenotrettungsinitiativen tun das, worauf sich die EU- Staaten nicht einigen können - sie retten Menschenleben und werden dafür kriminalisiert. Die Kriminalisierung trifft auch die Flüchtenden selbst – mit verheerenden Folgen.
Flüchtende Menschen in ihrem Flüchtlingsdasein anzuerkennen und als schutzlose Menschen zu verstehen, ist ihr einzig verbliebener Schutz in dieser Welt. Was diese Menschen erleben, ist das Katastrophalste, was einem Menschen in seinem Dasein widerfahren kann.

*Nach dem Kreisparteitag nahmen einige Rostocker Genoss*innen an einer Demonstration für die Aufnahme geflüchteter Menschen teil (Fotos: Eva Kröger)*

„Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben.“ Hannah Arendt
Dieser Satz, aus der barbarischen Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus gezogen, formuliert das Prinzip, welches den europäischen und den internationalen Menschenrechten zugrunde liegt, die zugleich im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert sind, und dem Sie als Abgeordnete verpflichtet sind. Diesem Menschenrechtsgewissen wird mit dem beschämenden Minimalkonsens, auf den sich die Bundesregierung kürzlich einigte (gemeinsam in einer sogenannten „Koalition der Willigen“ 1000 bis 1500 geflüchtete Kinder bis 14 Jahren aufzunehmen), in keinster Weise ausreichend entsprochen.

ES IST ZEIT, ZU HANDELN. JETZT!

Seit dem Sommer 2018 engagieren sich europaweit Menschen in der internationalen Bewegung „SEEBRÜCKE“, die von verschiedenen Bündnissen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft getragen wird. Sie setzen sich ein für eine Änderung der EU-Außenpolitik im Hinblick auf die Seenotrettung. Sie fordern sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten. Im Zuge dieser Bewegung erklärten sich in Mecklenburg-Vorpommern bisher drei Städte – Rostock, Greifswald und Neubrandenburg - durch Beschlüsse der Bürgerschaft oder der Stadtvertretung zu sicheren Häfen. Deutschlandweit gibt es aktuell 138 Städte sicherer Häfen. Diese Städte zeigen sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht, engagieren sich gegen das Sterben auf dem Mittelmeer und für eine würdevolle Aufnahme von Geflüchteten.
Diese Städte sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und zusätzlich zum Königssteiner Schlüssel geflüchtete Menschen aufzunehmen. Dies erfordert eigene Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer. Nach einem uns vorliegenden aktuellen Rechtsgutachten können die Bundesländer nach Information an das Bundesinnenministerium ein eigenes Aufnahmeprogramm auflegen, ohne – wie bisher angenommen – auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein. Die im September vergangenen Jahres von Berlin gestartete Bundesratsinitiative, den § 23 Absatz 1 Satz 3 AufenthG zu verändern, ist nach diesem Gutachten nicht zwingend nötig, weil auch jetzt schon durch das Grundgesetz klare Regelungen bestehen, die nicht durch Bundesgesetze näher ausgelegt sind. Die Aufnahme von Flüchtenden aus überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln kann demnach von der Bundesregierung nicht verweigert werden. Den Bundesländern steht das Recht zu, besonders vulnerable Personen, wie etwa Kinder und Mütter oder unbegleitete Minderjährige, aufzunehmen – auch ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums.
Die Länder können auf diesem Wege konkrete Landesaufnahmeprogramme ausarbeiten.

Fortsetzung auf Seite 16

UNSER LANDRATSKANDIDAT MICHAEL NOETZEL

Fortsetzung von Seite 1

Meine Tätigkeitsschwerpunkte sind Arbeitsrecht, Familienrecht und insbesondere Strafrecht. Auf diesem Gebiet bin ich auch Fachanwalt. Seit 2018 arbeite ich als Referent in der Landtagsverwaltung in Schwerin.

Politisch engagierte ich mich schon früh nach der Wende im Stadt- und Landesschülerrat. Nach den pogromartigen Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen stand für mich jahrelang der Kampf gegen den Rechtsextremismus im Vordergrund. Seit meinem Studium engagierte ich mich daher u.a. im Verein Lobbi e.V., der Betroffene rechter Gewalt unterstützt.

Auch meine Entscheidung, nach vielen Jahren der Abwägung, Mitglied der Partei DIE LINKE zu werden, hat mit dem Wiedererstarken des Rechtsextremismus in Gestalt der AfD zu tun. Dazu kam das schlechte Abschneiden unserer Partei bei den letzten Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Für mich ist nur DIE LINKE die Alternative zur AfD. Es braucht eine starke und sichtbare LINKE. Es braucht eine LINKE, die dem Anspruch des solidarischen Miteinanders selbst gerecht wird, um diesen glaubhaft an die Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln. An diesem Ziel will ich mitwirken. Hierfür bin ich bereit Verantwortung zu übernehmen.

Die Landratswahl ist dafür eine gute und in diesem Jahr die einzige Gelegenheit. Wir können zeigen, dass wir uns nicht nur die Probleme der Menschen anhören, sondern auch Lösungen entwickeln. Wir können zeigen, dass wir mitbestimmen wollen und können und dass wir eigene Vorstellungen von den Herausforderungen auf kommunaler Ebene haben. Ich kann und ich will Landrat werden und mit den Mitgliedern und kommunalen Funktionsträgern der Partei dafür sorgen, dass unser Landkreis noch attraktiver, lebens- und liebenswerter wird.

Die Schwerpunkte in der Arbeit als Landrat sehe ich in den Themen Mobilität, Ehrenamt und Verwaltung. Wir sind flächenmäßig der viertgrößte Landkreis der Bundesrepublik. Allein das macht deutlich, wie groß auch die Herausforderung ist. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass die Anzahl der hier lebenden Menschen im Verhältnis zur Größe des Landkreises gering ist. Bei uns können also nicht die Konzepte greifen, die für den städtischen Verkehr sinnvoll sind. Dennoch bleibt die Anbindung an Rostock und insbesondere die Zusammenarbeit im Verkehrsverbund Warnow eine wichtige Aufgabe. Weiter gilt es den Bahnverkehr von Güstrow nach Meyenburg wieder auf zu nehmen. Die Strecke ist für die Einheimischen und für den Tourismus unverzichtbar. Weiter ist der flächendeckende Ausbau von Fahrradwegen genauso wichtig, wie der viel diskutierte Ausbau des Mobilfunknetzes. Die flächendeckende Bereitstellung von mobilem Internet hilft meiner Überzeugung nach Wege zu vermeiden und ist daher Teil des Themas Mobilität. Hier ist viel möglich, weil auch die Bundes- und Landespolitik den Handlungsbedarf erkannt haben. Aber was nützen millionenschwere Förderprogramme, wenn die von den Gemeinden geforderten Eigenmittel, deren Leistungsfähigkeit übersteigen. Hier müssen Lösungen gefunden werden. Ein zweites wichtiges Thema ist die Stärkung und Wertschätzung des Ehrenamtes. Die Kommunen und Gemeinden leben vom Ehrenamt. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der Gemeindevertreter und Bürgermeister, der freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine, der Seniorenbeiräte und zahllosen weiteren Vereine, Aktiven und Engagierten kann es ein lebenswertes Gemeinwesen nicht geben. Das dritte wichtige Thema ist die Verwaltung. Ich schätze die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber es ist notwendig, das die Verwaltung noch bürgerfreundlicher wird. Dazu müssen Behördengänge elektronisch möglich sein und zwar so, dass dies auch älteren Bürgerinnen und Bürgern verständlich ist. Richtig ist aber auch, dass Motivation nicht von oben verordnet werden kann. Die Arbeitsbedingungen und der Personalschlüssel müssen stimmen.

Liebe Leserinnen und Leser,
unser Landkreis steht nicht schlecht da. Es gibt aber noch etliches zu verbessern und weiter zu entwickeln. Ich möchte dies gerne gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises tun.
Im Moment ist das alles beherrschende Thema das Corona-Virus und seine Auswirkungen. Diese sind bisher nicht absehbar. Absehbar ist jedoch, dass zum einen diejenigen Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter „systemrelevant“ sind, denen sonst kaum oder wenig Wertschätzung entgegen gebracht wird oder die nur wenig von dem wirtschaftlichem Aufschwung der letzten Jahre profitiert haben. Die Situation ist eine Herausforderung für die Menschen und die Verwaltung. Die Menschen sind aufgefordert ihren Mitmenschen und Nachbarn die notwendige Solidarität zuteilwerden zu lassen. Die Verwaltung hat für die Gesundheit der Menschen zu sorgen und dabei die Eingriffe in das Leben der Menschen so gering wie möglich zu halten.

Eins ist hoffentlich allen klar geworden. Einen weiteren Rückbau im Gesundheitswesen darf es nicht geben! Ein System, was auf Profit und Dividende angelegt ist, kann die Gesundheit der Bevölkerung nicht garantieren. Das zeigt die derzeitige Situation ganz klar. Die Forderung nach Rekommunalisierung ländlicher Krankenhäuser, wie es DIE LINKE fordert, ist notwendig, um die Versorgung der Bevölkerung flächendeckend zu gewährleisten. Das vielfach vorgebrachte Argument der hohen Kosten, dürfte angesichts der Milliardenverluste und Milliardenbeihilfen, die nunmehr durch den Bund und das Land bereits gestellt werden, als obsolet erweisen.

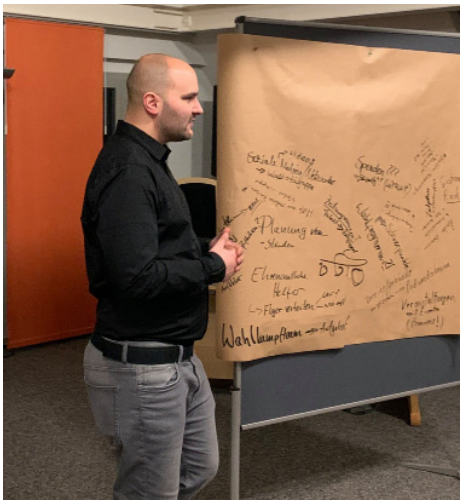
Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut durch diese Zeit!

Mit solidarischen Grüßen
Michael Noetzel

TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 29.4.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Sievershg.	"Ziegenkrug"
Di., 12.5.	17:00 Uhr	Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung (siehe unten) (unter Vorbehalt !!!)	Rostock-Südstadt	"Berghotel" Südring 28 B
Sa., 12.9.	09:30 Uhr	2. Tagung des 7. Kreisparteitages	Rostock	Waldemar Hof

Ergänzend zum Bericht auf Seite 13 hier ein paar Bilder von der Wahlwerkstatt der Landkreis-LINKEN zur Landratswahl (Fotos: Andreas Reinke)



DIE LINKE ist aktiv gegen das NATO-Manöver Defender 2020
Tausende Flyer wurden in Rostock verteilt, aber auch mit anderen Aktionen in Rostock und im Landkreis haben wir unsere Haltung den Menschen deutlich gemacht.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

8. Mai 2020 – 75. Jahrestag der Befreiung

Veranstaltung am 12.05.2020 17:00 Uhr
in der AWO (Berghotel) Rostock-Südstadt
Veranstaltet vom Stadtteilverband DIE LINKE. Südstadt/Biestow und der linksjugend Rostock
1. Teil: **Von welchem menschenfeindlichen System wurden wir befreit**
Ausstellung von Kopien historischer Dokumenten wie z.B.: - Vertrag zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion von 1939
- Die Wannseekonferenz
- Der Kommissarbefehl
- Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 08.05.1945
- Nachdrucke von faschistischen Zeitungen
2. Teil: **Podiumsgespräch mit Zeitzeugen des Einmarsches der Roten Armee**
Moderation: Dr. Helga Teßmann
- Dr. Marianne Bothe: Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte und später der Roten Armee in Thüringen
- Günter Walther: Einmarsch der Roten Armee in Dresden
- Kurt Kaiser: Einmarsch der Roten Armee in Rostock
3. Teil: **Das NATO - Manöver an der Grenze Russlands**
Dr. Otto Stüllein Kapitän zur See a.D.

AKTUELLES

Fortsetzung von Seite 13

Die Länder können auf diesem Wege konkrete Landesaufnahmeprogramme ausarbeiten.
Ergreifen Sie diese Chance! Kommen Sie den Forderungen der Zivilgesellschaft und der eigenen Verpflichtung nach, als Abgeordnete auf Grundlage der Menschenrechte zu handeln, lassen Sie uns die Verantwortung nicht weiter auslagern!
Auch wir hier in Mecklenburg-Vorpommern wollen Verantwortung übernehmen für die Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihre Arbeit, ihre Familien und vieles mehr verlassen mussten. Wir wollen nicht weiter zusehen, wie diese Menschen an den Grenzen Europas bekämpft und in ihrer Würde erniedrigt werden!
Die Zivilgesellschaft ist bereit und willens, Geflüchtete in unserer Gesellschaft aufzunehmen, PatInnenschaften einzugehen, Begleitung und Betreuung – sprich: Verantwortung - zu übernehmen.

Sehr geehrte Frau Schwesig, sehr geehrter Herr Caffier:
Nun ist es an Ihnen zu handeln. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran und zeigen Sie, dass Sie für Menschenrechte und ein menschenwürdiges Miteinander in Europa einstehen!
Wir fordern:
- ein Landesaufnahmeprogramm für schutzsuchende Menschen von der türkisch-griechischen Grenze und aus den Lagern der griechischen Inseln. JETZT!
- Unterstützung von griechischen Behörden und NGOs vor Ort bei der Auswahl besonders betroffener Personen.
- umgehende Organisation der Reise dieser Personen in sichere Unterbringungen in unserem Bundesland.
- Schnelle medizinische Versorgung, psychologische und sozialarbeiterische Betreuung.
- Bearbeitung der Asylanträge in einem fairen nationalen Asylverfahren.

Bündnis SEEBRÜCKE MV

(Unterzeichnet u.a. vom Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock)

NACHRUF

Die Parteigruppe Lambrechtshagen nimmt Abschied von

Genossen

Eberhard Haida

(18.11.1943 – 13.3.2020)

Eberhard war ein langjähriges aktives Mitglied unserer Parteigruppe in Lambrechtshagen. Obwohl schon seit Jahren von vielen Krankheiten gezeichnet, war Eberhard unermüdlich bei allen Aktionen der Partei DIE LINKE dabei, und er war ein geschätzter Diskussionspartner in der BO. Eberhard war ein Kämpfer von altem Schrot und Korn. Er hatte, wie manch einer von uns, erhebliche Probleme mit dem neuen Gesellschaftssystem. Nun hat ein Kämpferherz aufgehört zu schlagen! Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt der Ehefrau Silvia und der Familie. Wir werden Eberhard in guter Erinnerung behalten.

Die Genossen und Sympathisanten der BO DIE LINKE Lambrechtshagen

Lambrechtshagen, 25.3.2020

Gewinnerin: Die Vernunft eines Großteils der Menschen im Kampf gegen den Corona - Virus.
Verliererin: Alle Sportlerinnen und Sportler dieser Welt, bei denen mit der Verschiebung der Olympischen Sommerspiele auf das Jahr 2021, eine ganze „Welt“, ihre Vision zusammen brach.

LYRIK

Frühling *(von Janina Niemann-Rich)*

Musik
im Schneeglöckchentakt
getanzt

Farbtupfer *(von Janina Niemann-Rich)*

Blumenzauber
auf der Palette
des jungen Malers Frühling

Frühlingswoge *(von Janina Niemann-Rich)*

ein Meer in Meer
Tiefenrausch
Kirschblütenmond

Endlich *(von Janina Niemann-Rich)*

atme ahnend
rieche
zartes Grün Gewissheit

Europäische Unwerte *(von Jürgen Riedel)*

nicht nur osteuropäische Länder
trampeln Asylrecht nieder
halbe EU mit einem Herz
aus steinerner Unzivilisiertheit

Zweifachchaos
(von Jürgen Riedel)

spritfressende Freiheit des Grenzenlostempos
hummerschlemmende Freiheit
unsozialer Marktwirtschaft:
Mitesser-Makel am hellen Freiheitsbegriff

Selbsttor des Nichteingreifens
(von Jürgen Riedel)

Wo ist die dazwischen grätschende
Zivilcourage-Mehrheit?
Respekt und Toleranz foulende
denkfaule Minidiktatoren
mit Hassplakaten, rassistischen Sprüchen
müssen zu Fall gebracht werden!
für Demokratie ist Zivilcourage
von Bedeutung
größer als tausend Fußballstadien